

Massenloyalität, Konformitätszwang und Widerstandspotential

Lepsius, M. Rainer

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Lepsius, M. R. (1989). Massenloyalität, Konformitätszwang und Widerstandspotential. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 676-678). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-146238>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Massenloyalität, Konformitätszwang und Widerstandspotential

M. Rainer Lepsius (Heidelberg)

Das nationalsozialistische Regime gewann Massenloyalität am Tag der Machtergreifung und behielt sie bis zum Tag der Kapitulation. Es wurde beendet durch äussere Intervention. Deutschland wurde vom Nationalsozialismus "fremdbefreit", es konnte sich nicht selbst befreien. Andererseits konnte die Widerstandsforschung verbreitete Unzufriedenheit, vielfältige Formen der Ablehnung und Opposition gegenüber dem Regime als solchem und einzelnen seiner Massnahmen im besonderen darstellen. Dabei wurde der Begriff des Widerstandes stark ausgeweitet und abweichendes Verhalten, das durch traditionelle Strafrechtsnormen nicht kriminalisiert war, als "Resistenz" (Broszat) dem Widerstand zugerechnet oder doch als Widerstandspotential verstanden. Doch auch die so ausgeweiteten Widerstandspotentiale und Resistenzaktionen konnten die Politik des nationalsozialistischen Regimes nicht wesentlich beeinflussen, die Durchführung seiner Verbrechen nicht verhindern.

Der Widerstand aus der Arbeiterbewegung wurde bis etwa 1936 durch polizeiliche Eingriffe und stetige Überwachung fast völlig aufgelöst. Der Widerstand in den Kirchen blieb defensive Bemühung um innerkirchliche Autonomie. Die Masse der Funktionselemente in Wirtschaft, Staat und Wehrmacht waren regimeloyal bis zum Todestag Hitlers, was immer sie für Vorbehalte haben mochten. Der verschärfte Konformitätszwang des Regimes sicherte die Funktionsfähigkeit. Die wenigen Aktionen von Einzelnen und Gruppen, die sich offen gegen die Funktionsfähigkeit des Regimes gerichtet haben, sind heroische Beispiele des ausseralltäglichen Handelns ("Aufstand des Gewissens") von hoher symbolischer Bedeutung. Im alltäglichen Handeln haben sich weit mehr Menschen bewusst dem Regime entzogen, ihm "widerstanden", es zu stören versucht. Solches Verhalten, unter demokratischen Verhältnissen nichts anderes als "normales" politisches Verhalten, konnte, wurde es entdeckt oder angezeigt, lebensgefährliche Konsequenzen haben. Dennoch stellen sich die Fragen, warum das Widerstandspotential unter den Bedingungen des Nationalsozialismus so klein war, jedenfalls die Funktionsfähigkeit des Regimes nicht beeinträchtigte, und welche Handlungsmöglichkeiten dem Widerstandspotential zur Verfügung standen?

Im Verlauf der Machtergreifung erfolgte in raschen Schritten eine fundamentale Deregulierung der Rechtsgarantien für politisches Verhalten durch die Aufhebung der verfassungsmässigen Bürgerrechte, das Parteienverbot und die "Gleichschaltung" der staatlichen und privaten Organisationsstrukturen. Durch die Veränderung der Normstruktur wurde politisches Verhalten, das bis dahin als Opposition legal war, illegalisiert. Aus "Opposition" wird "Widerstand", ohne dass sich die Mittel und Ziele des politischen Verhaltens oder dessen Motivation ändern mussten. Opposition erhält den Charakter des Systemangriffs und potentiell des Hochverrats zunächst formal durch die Änderung der Normstruktur und ihrer

drakonischen Sanktionierung. Politische Opposition, die durch den Wandel der Norm- und Sanktionsstruktur zu Widerstand wird, muss die erhöhte persönliche Gefährdung rechtfertigen. Durch die dafür notwendige Radikalisierung der Wertbegründung für die politischen Ziele (prinzipielle Negation des Regimes) und durch die Erhöhung der subjektiven Motivation (Risikobereitschaft) für politisches Handeln verringert sich das Oppositionspotential zum Widerstandspotential.

Hinzu tritt eine erhebliche Verhaltensunsicherheit durch die Unstrukturiertheit der Handlungssituation. Die unbeschränkte Definitionsmacht des Regimes eröffnet diesem einen grossen Willkürraum durch die Einführung unbestimmter Tatbestandsfestlegung ("Heimtücke"), durch die Täterbestimmung durch zugeschriebene Merkmale ("wir verfolgen nicht Handlungen, sondern Personengruppen"), durch die Durchbrechung justizförmiger und vom Beschuldigten kontrollierbarer Prozessverfahren (Sondergerichte, Sicherheitsverwahrung, Konzentrationslager). Damit verbinden sich Einschüchterung und antizipatorisch inhibitiv wirkende Angst. Konformitätszwang verringert das Protestpotential und erhöht die öffentlich gezeigte Massenloyalität.

Mit dem erzwungenen Übergang von oppositionellem Verhalten zu Widerstandsverhalten verbinden sich spezifische Anpassungsprobleme. "Subversives" Verhalten erfordert eine Restrukturierung des Handlungsfeldes, eine scharfe Aussenabgrenzung und damit eine Verringerung der Wirkungschancen, eine Homogenisierung der Binnenstruktur und damit eine Beschränkung der Mittel- und Informationsbeschaffung. Aus dem Widerstandspotential wird Widerstand, soweit dafür eine Handlungsstruktur besteht, die es plausibel werden lässt, die politischen Ziele des Widerstandes zu fördern. Bestehen noch legale Organisationen, innerhalb derer Widerstand geübt werden kann (Kirchen, Militär, Behörden, Verbände, private Vereine, Firmen), so erhöhen sich einerseits die Handlungsmöglichkeiten und die Mittel- und Informationsbeschaffung, verengen sich andererseits die Handlungsziele auf solche, die mit der Erhaltung der legalen Organisation vereinbar sind. Dadurch wird das Widerstandspotential weitgehend entpolitisiert, auf die legalen Organisationsinteressen eingeschränkt und wirkt damit ungewollt regimestabilisierend, da es sich selbst über die vom Regime gesetzten Normen und Werte (fremdbestimmt) legitimieren muss. Stehen keine Organisationen legaler Art für das Widerstandshandeln zur Verfügung, so müssen neue Solidaritätsverbände aufgebaut werden. Illegalisierte Gruppen benötigen eine Gruppenstruktur, deren Solidarität von den Mitgliedern selbst kontrolliert und sanktioniert werden kann. Daraus ergibt sich eine Schrumpfung der Rekrutierung auf bereits bestehende Gesinnungsgemeinschaften, Sozialisationsgemeinschaften und Verwandtschaftsgruppen. Je homogener die Rekrutierung, desto beschränkter die Organisationskraft und die Mittelbeschaffung. Ohne Zugang zur öffentlichen Meinung verliert das Widerstandspotential seine Wirkung auf die Massenloyalität, und durch die Beschränkung auf "subversive" Aktionen (Attentate, Spionage, Sabotage) erhöht sich die Distanz zur öffentlichen Meinung. Die Abschätzung der Erfolgchancen für Widerstandsverhalten wird abhängig von der Wirkungsver-

mutung des "subversiven" Handelns für die Systemstabilität. Je geringer die Zugänglichkeit zu wirkungsvollen Mitteln und je geringer der Erfolgsglaube, desto geringer die Handlungsbereitschaft.

Die Einbeziehung von symbolischer und faktischer Nichtkonformität im Alltagsverhalten in den Widerstandsbegriff (Partizipationsverweigerung, Aufrechterhaltung von regimefeindlichen Wertüberzeugungen, nichtöffentlich sichtbare Übertretung von Regimegeboten, spontaner Protest gegen isolierte Einzelmaßnahmen des Regimes) betont die subjektiv empfundene Motivation unter den Bedingungen der Willkürherrschaft, vernachlässigt aber die Entpolitisierung solcher Nichtkonformität.

Das nationalsozialistische Regime führt so zu einer erheblichen Schrumpfung individuellen und organisierten Handlungspotentials, das nicht regimekontrolliert ist. Daraus ergibt sich die Wahrnehmung der Alternativlosigkeit für regimeoppositionelles Handeln, das sich in einer anomischen Situation befindet. Die Reaktionsformen der Apathie, des Ritualismus und des Rückzuges gewinnen höhere individuelle Plausibilität als die Alternative des Widerstandes (Merton). Massenloyalität im öffentlich sichtbaren Verhalten ist dann das Resultat sowohl der Regimezustimmung als auch der anomischen Handlungssituation, in die Regimeablehnung gezwungen wird. Der Konformitätszwang beschränkt die oppositionellen Handlungsmittel, verringert das Widerstandspotential auf gesinnungsmässig stark motivierte kleine Gruppen, beschränkt deren Zugang zu wirksamen Mitteln und neutralisiert die Opposition in Verhaltensformen äusserer Massenloyalität, die die Funktionsfähigkeit des Regimes sichern.

Die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf die politische Kultur der Bundesrepublik

Thomas A. Herz (Siegen)

1. Einleitung

Die Bundesrepublik leitet "ihre Legitimation nicht zuletzt daraus ab, dass totalitäre Gestaltungen von Staat, Gesellschaft und individuellem Lebensschicksal nicht mehr möglich sein sollten" (Steinbach). War aber die Öffnung der politischen Kultur gegenüber dem Westen eine bewusste Abkehr von belasteten Traditionen oder geschah sie *faute de mieux*? Pointiert formuliert kann man fragen, ob es eine positive Identifikation mit der Herrschaftsordnung der Bundesrepublik auf Grund der Abkehr des Staates vom Nationalsozialismus, einen auf dieser Grundlage beruhenden Verfassungspatriotismus (Sternberger) gab und gibt? Da die Legitimation der Bundesrepublik sich aus der Distanzierung gegenüber dem Unrechtsregime begründet, sollten die Konflikte um die Vergangenheit einen ausserordentlich wichtigen Anteil am Zustandekommen der politischen Kultur der Nachkriegszeit gehabt haben. Wie diese Wirkung gewesen ist, ist jedoch alles andere als klar. Denn an Konflikten sind immer zwei oder mehr Parteien beteiligt. Sie vertreten unterschiedliche Interessen und stellen Alternativen zur Diskussion. Wer am Ende